

# RS OGH 1998/1/13 9NdA4/97, 7Ob375/97s, 7Ob132/00p, 6Ob319/99a, 7Ob127/01d, 7Ob291/02y, 7Ob189/03z, 2

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 13.01.1998

## Norm

EuGVÜ Art5

LGVÜ Art5 Z3

LGVÜ II 2007 Art5 Z3

Verordnung (EG) Nr 44/2001 des Rates 32001R0044 Brüssel I-Verordnung (EuGVVO) Art5 Nr3

EUGVVO 2012 Art7 Nr2

## Rechtssatz

Der Begriff "unerlaubte Handlung" ist nach Ansicht des EuGH als autonomer Begriff anzusehen, der sich auf alle Klagen bezieht, mit denen eine Schadenshaftung geltend gemacht wird und die nicht an einen "Vertrag" im Sinne von Art 5 Nr 1 anknüpfen.

## Entscheidungstexte

- 9 Nda 4/97

Entscheidungstext OGH 13.01.1998 9 Nda 4/97

Veröff: SZ 71/1

- 7 Ob 375/97s

Entscheidungstext OGH 27.01.1998 7 Ob 375/97s

Vgl auch; Beisatz: Einer unerlaubten Handlung sind Ansprüche aus der Gefährdungshaftung gleichgestellt, nicht dagegen Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung. (T1)

- 7 Ob 132/00p

Entscheidungstext OGH 28.06.2000 7 Ob 132/00p

Beisatz: Unter Art 5 Z 3 LGVÜ fallen zum Beispiel Straßenverkehrsunfälle, Umweltbeeinträchtigungen,

Schädigungen durch fehlerhafte Produkte und Schutzgesetzverstöße, auch reine Produkthaftungsansprüche. (T2)

Beisatz: Die vertraglichen Beziehungen bilden die Grenze. Klagen, die auf Verletzung von vertraglichen Pflichten gestützt werden, fallen nicht unter Art 5 Nr 3. Der EuGH stellt darauf ab, ob die Pflichten, aus deren Verletzung der deliktische Schadenersatzanspruch hergeleitet wird, in einem so engen Zusammenhang mit einem Vertrag stehen, dass dieses vertragliche Element ganz im Vordergrund steht und auch den Charakter des deliktischen Rechtsverhältnisses ganz entscheidend prägt. In solchen Fällen ist Art 5 Nr 3 unanwendbar. (T3)

Veröff: SZ 73/106

- 6 Ob 319/99a

Entscheidungstext OGH 30.08.2000 6 Ob 319/99a

Beis wie T1; Beisatz: Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung können nicht beim Gerichtsstand für Deliktssklagen geltend gemacht werden. Das gilt selbst für solche Bereicherungsansprüche, die aus einem Eingriff in Rechtsgüter des Entreicherten herrühren, weil mit ihnen nur die Rückgängigmachung der Entreicherung, nicht aber Schadenersatz begehrt wird. (T4)

- 7 Ob 127/01d

Entscheidungstext OGH 17.04.2002 7 Ob 127/01d

Beis wie T2; Beis wie T3

- 7 Ob 291/02y

Entscheidungstext OGH 29.01.2003 7 Ob 291/02y

Auch; Beis wie T3; Beisatz: Unter Art 5 Z 3 EuGVÜ/LGVÜ fallen unterschiedliche "Deliktstypen" wie Straßenverkehrsunfälle, Umweltbeeinträchtigungen, Kartellverstöße, unlauterer Wettbewerb, Verletzung von Immaterialgüterrechten und dergleichen. (T5)

Beisatz: Bei einem "Vertrag" im Sinn des Art 5 Z 1 EuGVÜ/LGVÜ muss es sich um einen Vertrag zwischen den Streitparteien handeln. (T6)

Veröff: SZ 2003/11

- 7 Ob 189/03z

Entscheidungstext OGH 10.09.2003 7 Ob 189/03z

Auch; Beisatz: Der Begriff der unerlaubten Handlung oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, bezieht sich im Sinne von Art 5 Nr 3 EuGVÜ nach ständiger Rechtsprechung des EuGH auf alle nicht an einen Vertrag im Sinne von Art 5 Nr 1 EuGVÜ anknüpfenden Klagen, mit denen eine Schadenshaftung des Beklagten geltend gemacht wird. (T7)

- 2 Ob 106/04h

Entscheidungstext OGH 20.02.2006 2 Ob 106/04h

Auch; Beisatz: Die Bestimmung ist nicht auf Personen- und Sachschäden beschränkt. Sie erfasst auch Ansprüche auf den Ersatz reiner Vermögensschäden, etwa aufgrund von culpa in contrahendo oder aufgrund deliktischen Verhaltens des Organs eines insolventen Vertragspartners. (T8)

- 5 Ob 49/06a

Entscheidungstext OGH 07.03.2006 5 Ob 49/06a

Vgl auch; Beis wie T1; Beis wie T2; Beis wie T3; Beis wie T4

- 4 Ob 174/06a

Entscheidungstext OGH 17.10.2006 4 Ob 174/06a

Auch; Beis wie T4; Beisatz: Ansprüche auf eine angemessene Vergütung nach § 42b Abs 1 UrhG (Leerkassettenvergütung) sind nicht Ansprüche aus einer unerlaubten Handlung oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist; sie fallen daher nicht unter Art 5 Nr 3 EuGVVO. (T9)

Veröff: SZ 2006/156

- 6 Ob 276/06s

Entscheidungstext OGH 21.12.2006 6 Ob 276/06s

Beisatz: Die autonome Auslegung der Begriffe „Vertrag“ und „unerlaubte Handlung“ führt dazu, dass es für die Zuordnung von Ansprüchen aus vorvertraglicher Haftung zum Gerichtsstand nach Nr 1 oder Nr 3 des Art 5 EuGVVO nicht darauf ankommen kann, ob derartige Ansprüche in den jeweiligen nationalen Rechtsordnungen dem Vertrags- oder dem Deliktsrecht zugeordnet werden. (T10)

Beisatz: Hier: Der Kläger stützte seinen Schadenersatzanspruch auf die Verletzung vorvertraglicher Schutz-, Warn- und Aufklärungspflichten - unter Anwendung der Grundsätze der Entscheidung des EuGH Tacconi Rs C-334/00 Bejahung des Gerichtsstandes nach Art 5 Nr 3 EuGVVO. (T11)

Veröff: SZ 2006/192

- 1 Ob 74/07z

Entscheidungstext OGH 03.05.2007 1 Ob 74/07z

Vgl; Beisatz: Hier: Geltendmachung einer Haftung als falsus procurator - Anwendbarkeit des Art 5 Nr 3 EuGVVO

- bejaht. (T12)
- 4 Nc 3/08s  
Entscheidungstext OGH 20.02.2008 4 Nc 3/08s  
Beis wie T5
  - 16 Ok 3/08  
Entscheidungstext OGH 16.07.2008 16 Ok 3/08  
nur: Der Begriff "unerlaubte Handlung" ist nach Ansicht des EuGH als autonomer Begriff anzusehen. (T13)  
Beis wie T5; Beisatz: Hier: EuGVVO. (T14)  
Veröff: SZ 2008/102
  - 6 Ob 133/08i  
Entscheidungstext OGH 07.08.2008 6 Ob 133/08i  
Vgl; Beisatz: Hier: Zwischenstreit nach Einrede der internationalen Unzuständigkeit. (T15)  
Beisatz: Der zwischen der beklagten Partei und der Leasingnehmerin der Klägerin abgeschlossene  
Wartungsvertrag vermag einen vertraglichen Anspruch der klagenden Partei gegen die beklagte Partei im Sinne  
des Art 5 EuGVVO nicht zu begründen. (T16)  
Beisatz: Durch den nach den Klagsbehauptungen von der beklagten Partei verschuldeten Flugzeugabsturz wurde  
in das Eigentumsrecht der klagenden Partei, mithin ein absolut geschütztes Rechtsgut, eingegriffen. (T17)
  - 3 Ob 182/08y  
Entscheidungstext OGH 19.11.2008 3 Ob 182/08y  
Beis wie T4; Beisatz: Art 5 Nr 3 EuGVVO ist anwendbar, wenn der Klageanspruch auf eine nach dem Strafrecht  
strafbare Handlung gestützt wird. (T18)  
Bem: Siehe RS0124294. (T19)
  - 4 Ob 203/08v  
Entscheidungstext OGH 18.11.2008 4 Ob 203/08v  
Vgl auch; Beisatz: Der Begriff des schädigenden Ereignisses in Art 5 Nr 3 EuGVVO ist weit zu verstehen. Er erfasst  
im Bereich des Verbraucherschutzes unter anderem Angriffe auf die Rechtsordnung eines Mitgliedstaats durch  
die Verwendung missbräuchlicher Klauseln, deren Verhinderung die Aufgabe von klagebefugten Verbänden ist.  
(T20)  
Beisatz: Hier: Klage der Bundesarbeitskammer gegen das Erwecken eines unrichtigen Eindrucks über die  
Unentgeltlichkeit der im Internetauftritt der Beklagten angebotenen Dienste und gegen das dortige Fehlen  
gesetzlich vorgesehener Informationen jeweils im Geschäftsverkehr mit in Österreich ansässigen Kunden: Damit  
liegt ein „Angriff“ auf die österreichische Rechtsordnung vor. Auf welchem technischen Weg dieser „Angriff“  
erfolgt, ist unerheblich. (T21)
  - 12 Os 135/07f  
Entscheidungstext OGH 15.01.2009 12 Os 135/07f  
Vgl; Beisatz: Anspruch auf Urteilsveröffentlichung nach § 34 MedienG. Die Entscheidung nach § 34 Abs 4 MedienG  
ist eine Entscheidung zivilrechtlicher Art im Sinn der EuGVVO. (T22)  
Beisatz: Die Urteilsveröffentlichung ist gemäß § 34 Abs 4 letzter Satz MedienG im Wege der Verhängung von  
Geldbußen gemäß § 20 MedienG auch gegenüber ausländischen Medien, soweit sie in territorialer Hinsicht unter  
das Regime der EuGVVO fallen, durchsetzbar. (T23)
  - 6 Nc 17/10t  
Entscheidungstext OGH 30.08.2010 6 Nc 17/10t  
Vgl auch; Beisatz: Art 5 Nr 3 EuGVVO ist auf Klagen aufgrund einer Ehrenbeleidigung einschließlich der  
Geltendmachung von Gegendarstellungen der grenzüberschreitenden Veröffentlichungen anzuwenden. Der  
Kläger kann daher seine Klage bei dem Gericht einbringen, wo der Empfänger der inkriminierten Mitteilungen  
seinen Sitz hat. (T24)
  - 4 Ob 2/12s  
Entscheidungstext OGH 28.02.2012 4 Ob 2/12s
  - 4 Ob 33/12z  
Entscheidungstext OGH 10.07.2012 4 Ob 33/12z  
Beisatz: Für die Zuständigkeit nach Art 5 Nr 3 EuGVVO ist es grundsätzlich bedeutungslos, wo der Kläger seinen

(Wohn?)Sitz hat. (T25)

- 6 Ob 145/12k

Entscheidungstext OGH 16.11.2012 6 Ob 145/12k

Vgl; Beis wie T24 nur: Art 5 Nr 3 EuGVVO ist auch auf Klagen aufgrund einer Ehrenbeleidigung einschließlich der Geltendmachung von Gegendarstellungen bei grenzüberschreitenden Veröffentlichungen anzuwenden. (T26)

- 2 Ob 222/14g

Entscheidungstext OGH 22.01.2015 2 Ob 222/14g

Beisatz: Der EuGH hat in der grundsätzlichen Entscheidung Rs 21/76, Bier/Mines de Potasse, Slg 1976, 1735 die Auffassung vertreten, dass „der Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist“ im Sinne einer autonomen Auslegung des Art 5 Nr 3 EuGVVO nach Wahl des Klägers sowohl den Erfolgsort oder Schadenseintrittsort (= Ort, an dem der Schaden eingetreten ist), als auch den Handlungsort (= Ort des dem Schaden zugrunde liegenden ursächlichen Geschehens) umfasse. Fallen beide Orte auseinander (Distanzdelikt), könne der Kläger zwischen dem Handlungsort und dem Erfolgsort als Anknüpfungspunkt für die Zuständigkeit wählen. (T27)

Beisatz: Das Kriterium des Erfolgsorts ist einschränkend auszulegen. Nur der Ort des Eintritts des Erstschadens, nicht dagegen der Ort des Eintritts allfälliger Folgeschäden ist zuständigkeitsbegründend. (T28)

- 1 Ob 237/15g

Entscheidungstext OGH 28.01.2016 1 Ob 237/15g

Auch; Beisatz: Die Zuhilfenahme gerichtlich vorgesehener Instrumente zur Durchsetzung einer vermeintlich zustehenden Forderung ist zulässig ? keine unerlaubte Handlung iSd § 5 Nr 3 LGVÜ 2007. (T29)

Beisatz: Die bloße Aufforderung einer Partei eine Forderung zu begleichen, ist ohne Hinzutreten weiterer Umstände, die eine unerlaubte Handlung bzw einen Eingriff in eine rechtlich geschützte Position nahelegen, keine unerlaubte Handlung iSd Art 5 Nr 3 LGVÜ II 2007. (T30)

- 4 Ob 214/15x

Entscheidungstext OGH 23.02.2016 4 Ob 214/15x

Beis wie T27; Beisatz: Darunter fallen insbesondere auch Ansprüche aus unlauterem Wettbewerb und Verletzungen von Persönlichkeitsrechten in Printmedien und im Internet. (T31)

- 4 Ob 120/16z

Entscheidungstext OGH 30.08.2016 4 Ob 120/16z

Auch; Beis wie T31

- 10 Ob 74/16d

Entscheidungstext OGH 20.12.2016 10 Ob 74/16d

Vgl auch; Beisatz: Hier: Internationale Zuständigkeit für eine auf Unterlassung einer Beeinträchtigung der Benützung eines in Österreich gelegenen gemieteten Autoabstellplatzes gerichtete publizianische Klage (§ 372 ABGB) bejaht. (T32)

Veröff: SZ 2016/140

- 8 Ob 50/17m

Entscheidungstext OGH 30.05.2017 8 Ob 50/17m

Vgl auch; Beisatz: Bei Ansprüchen aus der Prospekthaftung oder der Verletzung gesetzlicher Informationspflichten handelt es sich um deliktische Ansprüche iSd Art 5 Nr 3 EuGVVO 2001. (T33)

Beisatz: Werden in einer Klage sowohl vertragliche als auch deliktische Ansprüche geltend gemacht, ist die internationale Zuständigkeit für die einzelnen Ansprüche jeweils gesondert zu prüfen. (T34)

- 8 Ob 62/17a

Entscheidungstext OGH 30.05.2017 8 Ob 62/17a

Vgl auch; Beis wie T33; Beis wie T34

- 4 Ob 55/18v

Entscheidungstext OGH 22.03.2018 4 Ob 55/18v

Auch; Beis wie T27; Beisatz: Negative Feststellungsklage. (T35)

- 3 Ob 185/18d

Entscheidungstext OGH 24.10.2018 3 Ob 185/18d

Auch

- 4 Ob 185/18m

Entscheidungstext OGH 23.10.2018 4 Ob 185/18m

Auch; Beis wie T33; Beis wie T34

- 2 Ob 183/18b

Entscheidungstext OGH 30.10.2018 2 Ob 183/18b

Vgl auch; Beis wie T15

- 4 Ob 186/18h

Entscheidungstext OGH 27.11.2018 4 Ob 186/18h

Beis wie T15

- 10 Ob 80/18i

Entscheidungstext OGH 20.11.2018 10 Ob 80/18i

Auch; Beis wie T15; Beis wie T33; Beis wie T34

- 9 Ob 71/18h

Entscheidungstext OGH 17.12.2018 9 Ob 71/18h

Auch; Beis wie T15

- 8 Ob 130/18b

Entscheidungstext OGH 26.11.2018 8 Ob 130/18b

Auch; Beis wie T15

- 8 Ob 154/18g

Entscheidungstext OGH 25.01.2019 8 Ob 154/18g

Auch; Beis wie T15; Beis wie T33; Beis wie T34

- 8 Ob 129/18f

Entscheidungstext OGH 25.01.2019 8 Ob 129/18f

Auch; Beis wie T15

- 5 Ob 240/18g

Entscheidungstext OGH 20.02.2019 5 Ob 240/18g

Beis wie T15; Beis wie T27

- 9 Ob 8/19w

Entscheidungstext OGH 28.03.2019 9 Ob 8/19w

Beis wie T15; Beis wie T27

- 8 Ob 31/19w

Entscheidungstext OGH 25.03.2019 8 Ob 31/19w

Vgl auch; Beis wie T15

- 8 Ob 30/19y

Entscheidungstext OGH 29.04.2019 8 Ob 30/19y

Vgl auch; Beis wie T27

- 4 Ob 69/19d

Entscheidungstext OGH 28.05.2019 4 Ob 69/19d

Beis wie T15

- 8 Ob 45/19d

Entscheidungstext OGH 27.06.2019 8 Ob 45/19d

Vgl; Beis wie T15

- 4 Ob 138/19a

Entscheidungstext OGH 24.09.2019 4 Ob 138/19a

Beis wie T15

- 4 Ob 173/19y

Entscheidungstext OGH 26.11.2019 4 Ob 173/19y

Vgl; Beis wie T1; Beis wie T4; Beis wie T5; Beisatz: Angesichts des – sich vom Schutz von Persönlichkeitsrechten

unterscheidenden – strikt territorialen Schutzes von Urheberrechten und vor dem Hintergrund des hier in

Anspruch genommenen beschränkten Schutzes nur in Österreich besteht kein Anlass, die insofern nicht

einschlägige Entscheidung C?194/16, Bolagsupplysningen, auch auf urheberrechtliche Unterlassungsansprüche

anzuwenden. Vielmehr ist für solche Ansprüche der durch C?170/12, Pinckney, und C?441/13, Hejduk, definierte

(beschränkte) Erfolgsort als Zuständigkeitsbegründend nach Art 7 Nr 2 EuGVVO 2012 zuzulassen, zumal es insoweit keine Gerichte mit umfassender Kognitionsbefugnis über Unterlassungsbegehren mit weltumspannender Tragweite gibt. (T36)

- 1 Ob 63/20a

Entscheidungstext OGH 28.04.2020 1 Ob 63/20a

Vgl; Beis wie T27; Beis wie T35; Beisatz: Beim Handlungsort als Anknüpfungspunkt für die Zuständigkeit bei der negativen Feststellungsklage wird darauf abgestellt, wo der Begehungsort der (von der Beklagten) beanstandeten und relevanten Handlung der Klägerin liegt (so schon 4 Ob 214/15x; 4 Ob 55/18v). (T37)

Beisatz: Negative Feststellungsklage über das Nichtbestehen einer Haftung. (T38)

- 4 Ob 74/20s

Entscheidungstext OGH 02.07.2020 4 Ob 74/20s

Beisatz: Hier: Negative Feststellungsklage. (T39)

Beisatz: Der Umfang der Abmahnung der Beklagten ist für den Handlungsort iSv Art 5 Nr 3 EuGVVO 2001 nicht von entscheidender Bedeutung. (T40)

Beisatz: Handlungsort ist der Ort des schadensbegründenden Geschehens, das heißt der Ort, an dem das schadensbegründende Geschehen seinen Ausgang nahm. (T41)

Beisatz: Der Handlungsort liegt auch dann im Inland, wenn vom Inland aus in tatbestandsmäßiger Weise auf das ausländische Marktgeschehen eingewirkt wurde, etwa durch die Herstellung nachgeahmter oder sonst unlauter aufgemachter Erzeugnisse oder die Gestaltung irreführender Werbung zum Zweck des Vertriebs auch im Ausland. (T42)

- 5 Ob 193/20y

Entscheidungstext OGH 31.05.2021 5 Ob 193/20y

nur T13; Beis wie T14; Beis wie T30

- 4 Ob 178/21m

Entscheidungstext OGH 23.11.2021 4 Ob 178/21m

Beis wie T27

### European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1998:RS0109078

### Im RIS seit

12.02.1998

### Zuletzt aktualisiert am

23.02.2022

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2024 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)